

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

E. L. Berlin, 25. Mai.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

91. Plenar-Sitzung vom 25. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Bredel.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Handelskammernovelle.

Nach § 2 unterliegt die Errichtung einer Handelskammer der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

Nach einem Zusatzantrag (Sachs) soll die Genehmigung nicht versagt werden dürfen für einen Bezirk, in welchem die veranlagte Gewerbesteuer mindestens 100 000 Mark beträgt, sofern der Antrag auf Errichtung einer Handelskammer von mindestens der Hälfte der in den Handelsregistern des Bezirks eingetragenen, zur Gewerbesteuer verpflichteten Firmen gestellt wird. Dies soll auch für den Fall gelten, daß für den Bezirk eine besondere kaufmännische Körperschaft (§ 36) bereits besteht.

Abg. Sachs bemerkt zur Begründung des letzten Satzes, daß beratende Körperschaften wie z. B. die Berliner Kaufmannschaft und ähnliche Institutionen in Stettin, Danzig u. s. w. fast nur aus Vorrentenrenten, nicht aus wirklichen Handelsbetrieben bestehen. Der Antrag wird angenommen.

Nach § 3, Absatz 3 sind von Wahlrecht und Beitragspflicht ausgenommen: a) die Reichs- und Staatsbetriebe, b) die mit einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerbe, c) die landwirtschaftlichen und handwerksgewerblichen, sofern ihr Ausschluß von ihnen beantragt wird.

Abg. v. Brochhausen (kons.) beantragte folgende Fassung des Bedingungsatzes unter c: „sofern nicht die Aufnahme in die Handelskammer zu ihnen beantragt wird.“

In dieser Fassung wird der Paragraph angenommen.

Die §§ 4—23c werden ohne wesentliche Änderung angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der türkisch-griechische Krieg.

Bei den Friedensverhandlungen in Konstantinopel soll nach dem „Standard“ der deutsche Vorkämpfer am Freitag im Auftrage der deutschen Regierung die Forderung gestellt haben, daß vor Unterzeichnung der an die Mächte zu richtenden Kollektivnote über die Eingrenzung der türkischen Forderungen erst die Gewißheit darüber eingeholt werden müsse, ob Griechenland die von den Mächten vorgelegenen Bedingungen annehme; und aus Wien wird berichtet, daß man dort diesen Vorbehalt vollkommen billige. Es wäre ja sehr begreiflich, wenn die Mächte nach den bisherigen Erfahrungen darauf bestanden, daß Griechenland sich vor einem offiziellen Schritt zu seinen Gunsten definitiv erkläre, ob es auch die gestellten Bedingungen acceptiere. Trotzdem erscheint es fraglich, ob die Nachrich des „Standard“ den Thatsachen entspricht, denn gestern ist bereits der Vorbehalt in der Note mit der Antwort der Mächte auf die türkischen Friedensbedingungen überreicht worden. Und zwar hat die Note nach einer Privatbesprechung, welche der „Frankf. Ztg.“ ging, folgenden Inhalt:

In der Antwort wird ausgeführt, daß die Entscheidung zu hoch gegriffen sei. Die Mächte seien einmütig, daß eine dauernde Occupation Thessaliens nicht zugelassen werden könnte, und sie erwarten von der Weisheit der Mächte, daß dieselbe dem gesamten Willen Europas nicht unnötig Opposition bereiten werde. In Betreff der Forderung wegen Aufhebung der Kapitulationen für die Griechen bemerken die Vorkämpfer, daß die Türkei zur Zeit durch Vermittelung der Mächte unter Garantie derselben die Kapitulationen mit Griechenland abgeschlossen habe und daher Veränderungen ohne Intervention der Mächte ausgeschlossen seien. Aus einer vorläufigen Palais-Quelle wird dem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ versichert, daß der Sultan nur in Bezug auf die Kriegsschiffabgabe einen Nachlaß gewähren werde, alle anderen Punkte aber bestimmt aufrecht zu erhalten seien. Bei einem sofortigen Nachgeben würde sich die ganze muslimanische Welt gegen den Sultan auflehnen. Ueberdies sei man im Palais der festen Ueberzeugung, daß keine europäische Macht das Mandat übernehmen würde, die Türken aus Thessalien zu vertreiben. Bei den Orientbahnen ist in den letzten Tagen ein Transport von 7000 Mann nach Thessalien angewendet worden.

Ob die türkische Diplomatie ohne Weiteres auf ihren Standpunkt verzichten würde, war von vornherein zweifelhaft, da sie thätig mit der Volksstimmung rechnen muß, die auch von den Mächten in billige Rücksicht gezogen zu werden verdient. Andererseits ist kaum anzunehmen, daß auf die Dauer der Widerstand der Mächte ein unüberwindlicher sein würde, denn sie läuft allzu leicht Gefahr, sich den moralischen Eindruck des siegreichen Selbsts und der abgelegenen Machtprobe selbst wieder zu verberben. Möglicherweise, daß die Verhandlungen länger andauern werden, als man bisher angenommen hat. Denn wenn die Mächte mit der Pforte im Reinen sind, kommt erst noch Griechenland an die Reihe, das wahrscheinlich ebenfalls widerspenstig sein wird. Erklärt doch Herr Wall neuerdings, daß die Zurückziehung der griechischen Truppen von Aetolien und die Anerkennung der Autonomie der Inseln wichtige hinreichende Äquivalente von Seiten Griechenlands für die Genöthigung des Friedens seien!

In Athen sind Gerüchte verbreitet, nach welchen der Kronprinz vorläufig gar nicht nach Athen zurückkehren werde. Obgleich man diese Nachricht von offizieller Seite dementiert, findet sie in den weitesten Kreisen Glauben. Es heißt, man habe man einwilligen einen geeigneten Aufenthaltsort für den Kronprinzen noch nicht ausfindig gemacht.

Einnahmen der Herrscher.

Wo immer man gekrönten Häuptern begegnet, schreibt der „B. V. G.“, eine Eigenschaft

ist ihnen allen gemeinsam: billig sind sie nicht. Ob das reiche England, das arme Rußland oder die bedrängte Türkei sie beherbergt, die Majestäten brauchen naturgemäß viel. Der reichste König ist, dürfte nicht leicht festzustellen sein. Der Zar und der Sultan stehen sich wahrscheinlich in dem Vermögensumfang ziemlich gleich. Der Kaiser besitzt ein Grundeigentum von ungefähr hundert Millionen Morgen; es sind Waldstrecken und bebauete Ländereien, die einen geradezu ungeheuren Werth repräsentieren, da es kaum anzunehmen ist, daß er sich gerade den schlechtesten Boden ausgesucht hat. Wenn man nun diesen Bodenwerth auf den allergeringsten Zinssatz veranlagt, so ergeben sich noch immer nahezu 50 Millionen Mark Jahresrente. Außerdem besitzt der Zar Gold- und Silberminen in Sibirien. Ueber zwanzig Millionen jährlicher Nebenunfließen dem kaiserlichen Haushalt von Seiten des Staates auch noch zu, so daß der Zar allemal bestens über eine Jahresseinnahme von 60 Millionen, wahrscheinlich aber über eine solche von achtzig bis hundert Millionen verfügt. Des Kaisers weltlicher Besitz ist gleichfalls nicht genau festzustellen. Für die Ausgaben, welche die Paläste des Herrschers und die Prinzen ihm verursachen, empfängt er als Staatsrenten einen jährlichen Betrag von rund fünfzehn Millionen Mark. Aber auch er besitzt weite Besitzungen, die den kaiserlichen Staatseinkünften auf 30 bis 40 Millionen Mark veranschlagen. Diese Summe reicht jedoch nicht aus, die Ausgaben des Hofes und des Kaisers zu decken, da der Haushalt des Kaisers nicht weniger als 5000 Personen beschäftigt. Dem deutschen Kaiser zahlt Preußen eine Summe von ungefähr 15 1/2 Millionen jährlich. Der Kaiser besitzt außerdem ausgedehnte Güter. Die dem Kaiser von Österreich von beiden Reichshäusern bewilligten Einnahmen betragen sich auf beinahe 19 Millionen Jahresrente. Dem König von Spanien entrichtet die Finanzkammer alljährlich 12 040 000 Mark, wovon er allerdings eine Anzahl von Verwandten zu unterhalten hat. Ueber reichliche Reichthümer verfügen der Mikäla und der Schah von Persien. Die Familie des Schah hat seit vielen Jahren Geld aufgesammelt und wie es heißt, besitzt der jetzige Herrscher ein Vermögen von ungefähr 120 Millionen Mark. Außer den Zinsen, die dieses Kapital ihm trägt, empfängt er für den türkischen Haushalt einen Jahresbetrag von fünf Millionen Mark und drei weitere Millionen, die er unter die Ankel, Tanten, Brüder und Bettern zu verteilen hat. Außerdem fällt ihm zu, was nach der Begleichung der Staatsausgaben alljährlich übrig bleibt. Dieser angenehme Rest beläuft sich gewöhnlich auf vier Millionen. Die Zivilliste des Mikäla beträgt nicht weniger als fünfzehn Millionen Mark jährlich und das stellt in Anbetracht der Billigkeit des Lebensunterhaltes im fernsten Osten im Vergleich zur Kaufkraft, die das Geld bei uns besitzt, eine nahezu vierfach so große Summe dar. Die Königin von Holland bezieht jetzt nur einen Jahresgehalt von einer Million Mark, während Wilhelm II. ehemals 1 760 000 Mark bekam. Die junge Monarchin bezieht außerdem 84 000 Mark zur Instandhaltung des Palastes und die Königin-Regentin erhält 250 000 Mark, so daß das gesamte, der königlichen Familie bewilligte Jahresgehalt sich auf 1 334 000 Mark beläuft. Aber die Königin bezieht umfangreiche Domänen und hohe Renten, wie denn die ganze Familie der Oranier stark begütert ist. Königin Alfons von Spanien bezieht 5 600 000 Mark, dazu bekommt seine Mutter 200 000, seine ältere Schwester 400 000, seine jüngere Schwester 200 000, seine Großeltern 840 000 und seine Tanten 640 000 Mark. Das ergibt für die königliche Familie 7 880 000 Mark. Auch der unglückliche König von Bayern ist ein reicher Monarch, so wenig sein Reichthum ihm auch helfen kann. Er bezieht 5 600 000 Mark für sich und seine Angehörigen. Der König der Belgier hat ein Jahresgehalt von 3 860 000 Mark für sich und seine Familie, der König von Schweden und Norwegen 2 340 000 Mark das Jahr, und der König von Dänemark denkt vielleicht manchmal nicht ohne Bedenken an die Unterhaltskosten, die er als junger Mann erhalten hat, wenn er seine Jahresrente von 1 280 000 Mark einnimmt. Der König von Portugal erhält 1 040 000 Mark, der König von Griechenland bekommt 1 040 000 Mark, von denen 800 000 von seinem eigenen Volk bezahlt werden, den Rest von 240 000 bringen England, Frankreich und Rußland zusammen. Der König von Rumänien hat 960 000 Mark das Jahr und erfreut sich außerdem eines beträchtlichen Privatvermögens. Der König von Serbien bezieht ebenfalls. Dem König von Korea wird jetzt eine runde Million Mark Jahresgehalt zugesprochen und dem Kheide von Ägypten zwei Millionen. Auch die Zivilisten der Königin von England, die der Konstitutionsfonds befreit, weist keine üblen Ziffern auf: Die Zivilliste selbst 408 022 Pfund Sterling, also 8 160 440 Mark jährlich, dazu 3 460 000 Mark für Anpannen und 554 400 Mark für Ehrenpensionen. Rechnet man die Nebenunfließen der königlichen Familie dazu, so gelangt man zu dem Resultat, daß die Monarchen der Erde das Jahresgehalt von 220 bis 280 Millionen Mark jährlich beziehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat nur ein Jahresgehalt von 200 000 Mark. Etwas besser steht sich der Präsident der französischen Republik, der ein Gehalt von 480 000 Mark und die gleiche Summe für Ausgaben und Repräsentation erhält.

Aus dem Reich.

Der Kaiser hat sich gestern von Schöbiten nach Potsdam begeben. Die Vorbereitungen zum Empfang der Kaiserin im Senghof in Tegernsee werden sehr eifrig betrieben. Es wird in Tegernsee eine Telefonleitung vorbereitet, um von dort aus mit München bzw. Berlin direkt sprechen zu können. Die kaiserlichen Prinzen sollen zuerst und dann die Kaiserin eintreffen. Auch ist, nach den „Münchener N. N.“, nicht ausgeschlossen, daß der Kaiser im Juli zum Besuche seiner Familie an dem Tegernsee ein-

trifft. — Prinz Leopold von Bayern ist bereits am Sonntag in Coburg eingetroffen, um sich in seiner Eigenschaft als Inspektor des vierten Armeekorps nach dem Truppenübungsplatz in Göttinge zu begeben. Montag Abend hat in Göttinge ein großer Zapfenstreich stattgefunden. — Generalleutnant Graf Willebrandt wird in diesen Tagen Berlin verlassen und auf seine Besichtigung Duellendorf bei Köthen sich begeben, wo er vierzehn Tage zu verweilen gedenkt. Alsdann ist die Weiterreise nach der Schweiz geplant, wo ein längerer Aufenthalt beabsichtigt ist. Das Befinden des Marschalls ist gut. — Der Adjutant des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen, der sich gestern in Begleitung des Prinzen auf einem Spazierritt befand, stürzte vor dem Eingang des Zoologischen Gartens. Das Pferd war vor einem Wagen der Dampftrambahn stehen geblieben und stürzte mit seinem Reiter auf dem Pflaster. Herr Hofrath Dr. Hark, welcher Augenzeuge des Unfalles war, leistete dem Verunglückten, der sich eine Gehirnerschütterung zugezogen hatte, die erste Hilfe. — Der Zustand des Prälaten Knipp hat sich nicht verändert, doch besteht geringe Aussicht auf Genesung des Patienten, da sich zur Altersschwäche ein Nierenleiden und eine Blasenkrankheit gesellt haben. Der ihn behandelnde Arzt, Herr Dr. Baumgarten, veröffentlicht täglich drei Mal Bulletin; aus dem zuletzt ausgegebenen erhellt mit voller Klarheit, daß die Bedrohungen Knipp's sich auf das Unabwendbare vorbereiten müssen, wenn auch die künftige Natur des greisen Herrn ein solches Ende kaum wahrscheinlich macht. — Der Würzburger Professor der katholischen Theologie Dr. Schell, der sich, wie berichtet, gegen den Baugewerksverband und den ihn bedrohenden und die katholische Kirche des herrschenden Jesuitismus ausgesprochen, hat einen Kampfgesossen in dem Gymnasialprofessor Hunkler zu Wertheim i. B. erhalten. Dieser hielt bisher regelmäßig am 5. Sonntag nach Ostern in der katholischen Stadtkirche den Hauptgottesdienst; er sieht sich aber jetzt zu folgender Erklärung veranlaßt, die er an die hiesige katholische Gemeinde richtet: Der katholischen Gemeinde glaube ich die Mitteilung schuldig zu sein, daß ich die seit Jahren festgehaltene Gewohnheit, am fünften Sonntag nach Ostern den Hauptgottesdienst zu übernehmen, fallen lasse, nicht aus Bequemlichkeit, sondern wegen, jedoch gezwungen durch Rücksichten der Ehre, die es verbietet, mich durch ein augenblickliches Preisgeben auf die Probe stellen zu lassen. Es ist ein Wahrzeichen unserer Zustände, daß die Hervorhebung der Grundideen des Christentums auf einer katholischen Kanzel die Verschleierung derselben zur Folge hatte. Dieser soll das geplante katholische Volk unter fortgesetzter dogmatischer Waffung sich und sich selber und seine und Störpione hinabwürgen. Doch die Zeiten ändern sich. Dem armen, allerdings nicht ohne eigene Schuld mundtot gewordenen katholischen Volk wird die Zukunft, wenn es nur will, dasjenige bringen, was die siegesfähige Gegenwart ihm bausch verspricht. Dann wird dieses Volk, wieder seiner Würde froh geworden, aus tiefstem Bedauern und mit hoher Freude, — nicht, um „Tolljähnen“ zu vermeiden! — im Hause Gottes erscheinen und wird aus dem deutschen Herzen in deutscher Sprache zu seinem Gott beten und singen. Dieses brave katholische Volk wird sich befreit haben von dem Terrorismus einer Clique, die, ihre Existenz kirchenpolitischen Zuständen verdankend, die Kontrolle der Kirchlichkeit an sich gerissen. Allerdings muß zuerst jener Geist überwunden sein, der vor beinahe zwei Jahren in den hochoffiziellen päpstlichen Analekten Ecclesiastica bei Beschreibung eines Vorganges der spanischen Inquisition zum Ausdruck kam mit den Worten: „O seid gesegnet, ihr flammenden Scheiterhaufen!“ „O wie herrlich und erhabend ist das Andenken eines Thomas Torquemada!“ Der „B. V.“ freut sich doch heute über seine Umkehr! „An den Früchten erkennt man den Baum.“ Matth. 12. 33. — Die Postbeamten Deutschlands beabsichtigen auf Grund einer aus Berlin ergangenen Anweisung eine Sammlung zum Zwecke der Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Staatssekretär Dr. von Stephan zu veranstalten. Diese Absicht der Beamten kann jedoch in Folge eines von der vorangegangenen Behörde erlassenen Verbotes nicht verwirklicht werden. Es ist den Postbeamten streng untersagt, Zeichnungen, Kollekten u. irgend welcher Art zu veranstalten, gleichviel zu welchem Zwecke es auch sei. Diese durch den verstorbenen Staatssekretär selbst erlassene Anweisung, die auch noch heute zu Recht besteht, ist im Interesse der Postbeamten verfaßt worden, um vor allen Dingen der verbreiteten Sitte des Beschlusses der Vorgesetzten bei besonderen Anlässen entgegen zu treten.

Deutschland.

Berlin, 26. Mai. Der Zentralverband deutscher Industrieller, welcher am Dienstag in Berlin tagte, nahm in Bezug auf die Beschäftigung der Reichstagskommission zur Handwerkerfrage folgende Resolution an: I. Gegenüber dem Reichstago zur verfassungsmäßigen Beschäftigung unterbreiten wir dem Reichstago, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung (Organisation des Handwerks) und den zu dieser Vorlage von der Kommission des Reichstags und von diesem selbst bisher gefaßten Beschlüssen verhandelt der Zentralverband auf dem grundsätzlichen Standpunkt, den er in seiner Sitzung des Ausschusses vom 30. September 1896 angenommen und in den betreffenden Beschlüssen zum Ausdruck gebracht hat. II. Die nunmehr vorgelegten sogenannten „faktischen Zwangsmaßnahmen“ würden, wenn auch vielleicht in etwas abgeschwächter Form, dieselben Nachteile bringen, wie die obligatorischen Zwangsmaßnahmen des früheren preussischen Entwurfs; hinsichtlich der ersten ist jedoch zu befürchten, daß bei offenkundig verschiedenen Ansichten der deutschen Regierung über die Zwangsmaßnahmen eine bedauerliche verschiedene Ausführung der Reichsgewerbeordnung und damit Ungleichheit in der Behandlung und Organisation des Handwerks Platz greifen würde. III. Der Zentralverband legt nochmals Verwahrung ein gegen die schädigenden Ueberschneidungen in das Interessengebiet des Großgewerbes, die sich besonders ergeben aus den Bestimmungen des Gesetzesentwurfs betreffend das Zehlingswesen und die

Ueberwachung der Betriebe durch die Organe der Kleinrentenbetriebe. IV. Die gesetzliche Organisation und Mitwirkung der Gesellen (Gehilfen) bei den Vertretungskörperschaften des Handwerks erachtet der Zentralverband von wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten aus nach wie vor für in hohem Maße bedenklich und daher für einen Fehler. V. Hier- nach und nach Maggabe der den Beschlüssen vom 30. September 1896 beigegebenen eingehenden Begründung bittet der Zentralverband dringend um Ablehnung der in Rede stehenden Vorlage.

Der Zentral-Ausschuß der Reichsbank veranlaßte sich gestern Vormittag. Der Vorsitzende, Präsident des Reichsbank-Direktoriums, Herr Reichsbank-Rath Dr. Koch, hob im Anschluß an die Zahlen der letzten Wochenübersicht hervor, daß die Lage der Reichsbank sich weiter erheblich verbessert habe. Die Anlagen seien um 59 Millionen kleiner als in den Jahren 1896 und 1893, das Metall um 3 bzw. 45 Millionen größer als in den genannten Jahren, die mit 91,1 Proz. durch den Barvorrath gedeckten umlaufenden Banknoten um 3 Millionen geringer als im Vorjahre, die Notenreserve um 7 Millionen größer als 1896. Der Goldvorrath sei seit der letzten Sitzung um 65 Millionen gewachsen, obwohl bei den ungünstigen Wechselkursen nur etwa 8 Millionen hätten angekauft werden können. Eine erhebliche Zinsparabnahme der Reichsbank sei für die nächste Zeit kaum zu erwarten. Eine Diskussion über den Gegenstand fand nicht statt. — Der Zentral-Ausschuß stimmte der Absicht der Reichsbankverwaltung bei, die entsprechende Ausdehnung des Wirtens- und Baufinanzgesetzes vom 17. d. M. auf die Reichsbankbeamten in Antrag zu bringen. Nachdem noch einige Beschlüsse genehmigt worden waren, wurde geschlossen.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat gestern nach der Plenarsitzung zusammen. Man kam dahin überein, daß Mittwoch (also heute) der Reichstag bis zum 22. Juni sich vertage. Nach Pfingsten sollen alsdann alle Vorlagen erledigt werden, welche bereits die zweite Lesung passiert haben, also die Handwerkerfrage, die Nachtragsgesetz, das Gesetz über den Serbistatut und die Vorlage über die Besoldungsaufhebungen. Alle übrigen Entwürfe, also auch die Unfallversicherungsgeetze, bleiben unerledigt. Der Schluß des Reichstages würde dann Ende Juni oder in den ersten Tagen des Juli eintreten. Dieses Ueberkommen geht von der Voraussetzung aus, daß die Militärkräftesprossordnung in der gegenwärtigen Tagung dem Reichstago nicht mehr zugeht, was allseitig angenommen zu werden scheint. Die ungeheure Anstrengung, welche es der „Mehrheit“ gekostet hat, die zweite Lesung der Handwerkerorganisationsvorlage zu Stande zu bringen, scheint sie bereit erblickt zu haben, daß sie vierwöchentlichen Ferien bedarf, um die dritte Lesung wagen zu können. Sonst wäre — Pfingsten ist am 6. und 7. Juni — schlechterdings nicht abzusehen, warum man die Sitzungen bis zum 22. Juni unterbrechen muß. Nach früheren Verhandlungen sollte die Session vor Pfingsten geschlossen werden.

Auffallen wird in dem letzten monatlichen Nachweis über verschiedene Reichseinnahmen der außerordentlich starke Rückgang, den die Börsensteuer während des April des laufenden Jahres in ihrem Ertrage erfahren hat. Das erste Jahr nach der Erhebung dieser Steuer hatte günstig abgelaufen können. Schon das Jahr 1896/97 aber blieb mit mehreren Millionen gegen den Etatsanfang zurück. Nunmehr hat die Einnahme aus der Börsensteuer im ersten Monate des laufenden Etatsjahres einen Rückgang erfahren, der, wenn er anhielte, eine Einnahmehemmung hervorbringen könnte, wie er bei dieser Steuer auch früher selten dagewesen ist. Insgesamt sind im April aus der Stempelsteuer für Wertpapiere, sowie Kauf- und Anschaffungsgebühren 1,8 Millionen vereinnahmt. Während im Vorjahre wenigstens die erhoffte Steuer keinen Rückgang aufwies, hat dieselbe diesmal fast nur die Hälfte der Einnahme im April des Vorjahres ergeben. Im Etat für das Jahr 1897/98 ist die Einnahme aus der Börsensteuer auf 32 Millionen festgesetzt. Man hat sie gegen das Jahr 1896/97 um noch nicht eine halbe Million erhöht. Trotzdem wurde bei diesem Anschlag auf eine Monateinnahme von etwa 2,7 Millionen gerechnet. Der erste Monat des neuen Etatsjahres ist fast um eine Million hinter dem Anschlag zurückgeblieben. Jedenfalls weisen solche Vorgänge nach, daß diejenigen Finanzpolitiker, welche behaupten haben, welche auf die allseitige Erhöhung der Börsensteuer innerhalb der Reichssteuerpolitik keinen allzu großen Werth legen. In Jahren des finanziellen Aufschwunges, wie den jetzigen, wirken solche Schwankungen nur unangenehm, in weniger günstigen Jahren könnten sie eine störende Wirkung haben.

Herr Stöcker beabsichtigt demnächst in einer großen Volksversammlung in Erford für die Ziele der Christlich-Sozialen zu werben. Die Konservativen aber haben, wenn das Stöckerische Volk Recht hat, die Absicht, die Versammlung mit Gewalt zu sprengen. Das „Volk“ bemerkt über die Herren Klasing und Gossens (Klasing ist konservativer Landtagsabgeordneter): „Nach Äußerungen einiger durch die Herren Parteiführer verhetzten Kolonnen scheint man sogar vor Ständen und vor einfacher Sprengung der Versammlung nicht zurückschrecken zu wollen.“... Dem gegenüber machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Freunde der christlich-sozialen Sache eingeladen sind und daß jeder etwaige Versuch Unruhmacher, in Gewaltthaten zu machen, durch Anwendung des Polizeigesetzes zu verhindern wird. ...“ Darnach darf man sich auf eine recht angeregte Auseinandersetzung zwischen Christlich-Sozialen und Konservativen in Erford gefaßt machen.

Der italienische Vorkämpfer Graf Lanza hat an den cand. theol. et phil. Ernst Kommaß, den Vorsitzenden des Festauschusses, welcher die italienischen Studenten begrüßt, unterm 21. d. M. das folgende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr! Es. Excellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat mich im Auftrage meines erhabenen Monarchen davon in Kenntnis, daß Ew. Hochwohlgeboren den freundlichen Gedanken hatten, an E. Majestät ein Glückwunschtelegramm auch im Namen

der Berliner Studentenschaft zu senden aus Anlaß des glücklichen Ausganges der ersten Session am 22. April. Die freundliche und ergebene Bezeugung gereicht E. Majestät dem König zur höchsten Freude, der mich zu beauftragen geruhte, Ew. Hochwohlgeboren und Ihren Kommissionen Seinen königlichen Dank auszudrücken. Mit gegenwärtigem Erfüllte ich den hohen Auftrag und ergebe mit wahrem Vergnügen die Gelegenheit, um Ihnen von Neuem meine vorzügliche Hochachtung zu bezeugen.“

Wie bekannt, haben die deutschen Vereine vom Roten Kreuz einen Sanitätszug nach Konstantinopel geschickt zur Pflege der im griechisch-türkischen Kriege Verwundeten. Der Sanitätszug bestand aus Professor Rasse-Berlin als Leiter, Dr. Küttner aus Lüttich, 3 Krankenpflegern und 5 Krankenbeschützern. Nunmehr wird der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel gemeldet, daß beide Verste sich bei einer Operation verlegt und eine Wundinfektion davongetragen haben. Dr. Küttner ist bereits anscheinend außer Gefahr. Professor Rasse wurde vorgestern operiert. Sein Zustand ist bedenklich. Der Sultan überhandte beiden Ärzten die Intima-Medaille in Gold.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Mai. Heute trafen hier zahlreiche Vertreter deutscher Gemeinden Böhmens an zur Ueberreichung von Petitionen gegen die Sprachverordnungen und Beratung weiterer Schritte. Der Verammlung wohnten Abgeordnete aller Gruppen der deutschen Opposition bei; man beschloß die Entsendung einer Abordnung an den Kaiser zu unterlassen und in Böhmern dahin zu wirken, daß die Gemeinden aus ihrem Wirkungskreise übertragene Geschäfte einstellen. Im Juni soll ein deutsch-böhmischer Volkstag in Eger abgehalten werden. Die Verammlung nahm ferner eine Entschließung an, wonach wirtschaftliche Fragen nicht als Vorwand benutzt werden sollen, aus der rücksichtslosesten Opposition herauszutreten, und daß angesichts der harten nationalen Bedrohung des deutschen Volkes unter diesem sowie unter allen seinen Vertretern jeder Zwiespalt schwinden müsse.

Schweiz.

Bern, 25. Mai. Der König von Siam traf heute Mittag mittels Sonderzuges, von zahlreichem Gefolge begleitet, zum offiziellen Besuche des Bundesrates hier ein. Der König wurde vom Bundespräsidenten und den übrigen Bundesräthen, sowie von den Vertretern verschiedener Behörden empfangen. Nach dem ihm zu Ehren gegebenen Diner empfing der König das diplomatische Korps, worauf er eine Spazierfahrt durch die Stadt Bern unternahm. Am 6 Uhr reiste der König nach Genf zurück.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Mai. Der morgige Besuch des Prinzen Karl von Schweden, des dritten Sohnes des Königs Oskar, wird hier in wohlunterrichteten Kreisen mit seiner geplanten Verlobung mit der Prinzessin Ingeborg, Tochter des dänischen Kronprinzen, in Verbindung gebracht.

England.

London, 25. Mai. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Der Vorsitzende verlas einen langen Brief Labouchere, in welchem es heißt, die von ihm (Labouchere) gegen Harris ausgesprochenen Anschuldigungen hätten auf Informationen beruht, die ihm von einer hochgestellten Persönlichkeit zugegangen seien. Diese Persönlichkeit lehne es ab, als Zeuge zu erscheinen oder zu gestatten, daß die von ihm gemacht gemachten Personen vorgeladen werden. Er ziehe deshalb seine Anschuldigungen zurück. Das Hineinziehen des Zeugen in seine Anschuldigungen sei ein lapsus linguae gewesen. Der Brief an den „Gaulois“ habe sich nicht auf Harris bezogen. — Der Anwalt der „Chartered Company“, Hantsch, der vom Ausschusse aufgefordert worden war, gewisse vertrauliche, Ende 1895 an Rhodes von England an gesandte Telegramme vorzulegen, erklärte, er habe von Rhodes bestimmte Aussagen, die Telegramme geheim zu halten; er könne deshalb dem Ersuchen nicht nachkommen. Der Ausschuss beschloß, bis Freitag darüber zu beraten, ob gegen Hantsch Zwangsmassregeln angewandt werden sollen.

Rußland.

Wie aus Sankt Petersburg geschrieben wird, wird gegenwärtig in Petersburg der Entwurf eines neuen Preßgesetzes für Finnland ausgearbeitet. Sicherem Vernehmen nach soll man an den maßgebenden Stellen gekommen sein, Finnland ein bedeutend größeres Maß von Pressefreiheit als bisher einzuräumen, namentlich scheint man geneigt zu sein, mit Bezug auf die Behandlung innerer finnischer Fragen die Zensur aufzuheben; dagegen soll diese in Bezug auf die Erörterung aller die Interessen Rußlands und auswärtige Fragen berührenden Angelegenheiten aufrecht erhalten werden.

Arbeiterbewegung.

Wiesbaden, 25. Mai. Bis jetzt streiken etwa 700 Maurer.

Mühlhausen i. Th., 25. Mai. Der Maurerstreik ist hier nach zehntägiger Dauer beendet. Gestern wurde die Arbeit auf allen Bauten wieder aufgenommen. Man einigte sich auf 15 Prozent Lohnerhöhung und 10 1/2 stündige Arbeitszeit. Der Durchschnittslohn beträgt 34 Pf. in der Stunde, der Durchschnittslohn 31 1/2 Pf., der tägliche Mehrerwerb durchschschnittlich nur mehr 26 Pf. Maßregelungen von Arbeitern wurden nicht vorgenommen.

Wien, 25. Mai. Eine Anzahl der beim nächsten Sieben beschäftigten Arbeiter hat heute Morgen wegen Lohnrückständen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter hatten eine Eingabe an das hiesige Parlament gerichtet um Erhöhung des Stundenlohnes von 28 auf 30 Pfennige.

Waidau, 25. Mai. In Waidau füllten gestern Abend in Folge von Lohnrückständen 1200 Seidenpinner die Arbeit ein. Eämtliche Fabriken blieben heute Morgen geschlossen.

